



Nr. 460 | 03.02.2025

Russland-Analysen

- Gender
- Gasversorgung

| | | |
|-----------------|---|----|
| ANALYSE | Russlands Kampagne für eine Rückkehr des Patriarchalen: Förderung »traditioneller Werte« mit dem Ziel demographischer und sexueller Souveränität Michele Rivkin-Fish (Universität North Carolina, Chapel Hill) | 2 |
| UMFRAGEN | Gendergerechtigkeit und -rollenbilder | 6 |
| ANALYSE | Folgen der Beendigung des Gastransports durch die Ukraine für die EU-Länder und Moldau Roland Götz | 8 |
| CHRONIK | Hinweis auf die Online-Chronik | 13 |

Russlands Kampagne für eine Rückkehr des Patriarchalen: Förderung »traditioneller Werte« mit dem Ziel demographischer und sexueller Souveränität

Michele Rivkin-Fish (Universität North Carolina, Chapel Hill)

DOI: 10.31205/RA.460.01

Zusammenfassung

Während weltweit konservative Kampagnen gegen Feminismus und LGBTQ-Gleichstellung an Fahrt aufnehmen, hat die russische Führungsspitze längst eine feindselige Haltung diesen Bewegungen gegenüber zu einem Grundpfeiler ihrer Staatspolitik und einem Kerninstrument des Autoritarismus gemacht. In dieser Analyse werden zwei historische Gründe erläutert, warum Gender so zentral für die gegenwärtige russische Politik wurde. Erstens waren die frühen Versuche der Sowjetunion einer Gleichstellung der Frauen mit zahlreichen Heucheleien versetzt und erzeugten einen weit verbreiteten Backlash. In der Nachkriegszeit unterstützten viele Russ:innen die konservative Vorstellung, dass Frauen eine Fürsorgerolle übernehmen sollten und Männer die des Ernährers. Allerdings haben solche Ansichten nicht das staatliche Eingreifen in das Privatleben der Menschen oder Repressionen von unangepassten Lebensstilen gutgeheißen. Zudem erzeugten die drastischen Umbrüche der 1990er Jahre, einschließlich der sozioökonomischen Erschütterungen durch Marktformen, globalisierte Medien und die stark sinkende Fertilität eine intensive Angst um die Zukunft der Nation. Das Putin-Regime und die Russisch-Orthodoxe Kirche sind darum bestrebt, sogenannte traditionelle Familienwerte als ein Gegenmittel gegen westlichen Einfluss einzuführen und eine nationale demografische Souveränität zu konsolidieren. In dem Versuch, die Körper von Frauen zu kontrollieren und sexuelle Minderheiten zu repressieren, verbindet Russlands politische Führung ihre autoritäre Politik mit einer nationalen Wiederbelebung.

Einführung

Die intensiven Versuche des russischen Staates und der Russisch-Orthodoxen Kirche, patriarchale Werte in der Gesetzgebung und im gesellschaftlichen Leben zu verankern, haben die Themen Gender und Sexualität ins Zentrum der öffentlichen Diskussion rücken lassen. Die Eliten betiteln ihre Kampagnen gegen eine Gleichstellung der Genderidentitäten, der Geschlechter und der sexuellen Orientierungen, Feminismus und persönliche Freiheit als Einsatz für »traditionelle« Gender-Beziehungen und »Familienwerte«. Diese Begriffe werden hier in Anführungszeichen gesetzt, weil die historische Forschung klar gezeigt hat, dass Genderbeziehungen und Familienkonstellationen und -praktiken – in Russland wie auch anderswo – immer vielfältig gewesen sind und sich an breitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen angepasst haben. Die Genderpolitik, die derzeit rigide verfolgt wird, beinhaltet keine Rückkehr zu einer konkreten gesellschaftlichen Ordnung, sondern stellt einen Versuch dar, Russland ideologisch von divergierenden Gedanken und Lebensweisen zu befreien. Dieses Ziel, das seit dem 24.02.2022 noch intensiver verfolgt wird, wird durch eine staatliche Politik vorangetrieben, die unter anderem Abtreibungen erschwert, die Verbreitung von Informationen über LGBTQ-Erfahrungen kriminalisiert, LGBTQ-Personen stigmatisiert, die Sanktionen für häusliche Gewalt abschwächt und die

Anerkennung von Kinderrechten beendet. Der Staat und die Kirche hoffen, in Russland eine patriarchale Ordnung zu errichten, um eine nationale demografische Souveränität zu erlangen. Warum wird das unternommen? Warum sind Genderfragen im Kontext einer russischen nationalen Renaissance von so zentraler Bedeutung, und warum spielt die Politik zu demographischen Fragen eine derart entscheidende Rolle?

Der historische Hintergrund: Gegenbewegung gegen Sozialismus und Verwestlichung

Das Vorgehen gegen Feminismus und die Gleichstellung von LGBTQ-Personen erfolgt zwar weltweit, doch sind die Kampagnen in Russland von historischen und politischen Erfahrungen bestimmt, die in vielem durch die vergangene sozialistische Welt geprägt und der westlichen Welt weniger vertraut sind. Diese Region hat in der Tat seit den 1920er Jahren Rückschritte bei der Genderpolitik erlebt. Die sozialistische Ideologie hatte eine Emanzipation der Frauen vom Kapitalismus postuliert, doch die tatsächliche Umsetzung der »Gleichstellung der Frauen« brachte eine Reihe von Widersprüchen mit sich, die einige dieser Ideale untergruben. Frauen erlangten seit den ersten Jahren der Sowjetunion juristisch sämtliche Rechte und eine wirtschaftliche Gleichstellung, doch die damit einhergehenden Ideale einer »Vergesell-

schaftlichung« von Hausarbeit und Kinderversorgung, durch die Frauen von den Lasten des Haushalts befreit werden sollten, wurden zu keiner Zeit Wirklichkeit. Ebenso wenig änderte sich das patriarchale Verständnis von Männlichkeit. Als Folge mussten sowjetrussische Frauen in Vollzeit arbeiten, sich durch Freiwilligendienste am Aufbau des Kommunismus beteiligen und sämtliche Pflichten im Haushalt erfüllen. Männer besetzten weiterhin die Führungspositionen und waren oft verärgert, wenn Frauen dennoch Rollen einnahmen, die Macht bedeuteten; der kulturelle Zeitgeist war in Bezug auf Genderfragen weiterhin reichlich patriarchal geprägt. Während die Führung des Landes sich mit den Vorteilen brüsteten, die Frauen unter dem Sozialismus genießen würden, wurden derlei Behauptungen durch die allgegenwärtigen Defizite Lügen gestraft, wie auch durch die schlechten materiellen Bedingungen, die das Leben der Menschen bestimmten. Die Wohnung und die Versorgung der Kinder waren stark unterfinanziert, grundlegende Verbraucherbedürfnisse wurden nur spärlich bedient und Frauen hatten nur wenig Möglichkeiten, Arbeit und Familie miteinander zu vereinbaren. Die Menschen in Russland betrachteten das sozialistische Mantra von der »Emanzipation« der Frau bestenfalls als ein unerfülltes Versprechen, und schlimmstenfalls als zynische Propaganda.

Mitte der 1980er Jahre, als Gorbatschow die Perestroika anstieß, argumentierte er, dass die vollkommene Beteiligung der Frauen am Arbeitsleben die Frauen daran hindere, ihren pflegerischen Pflichten nachzukommen, und dadurch die sowjetische Familie geschwächt und die Jugendkriminalität erhöht würde. In der Tat waren die Scheidungsraten hoch und die Geburtenrate bewegte sich statistisch bei unter zwei Kindern pro Frau. Das waren Entwicklungen, die Demograph:innen dazu veranlassten, vor einer Bevölkerungskrise zu warnen, wenn dieser Trend nicht umgekehrt würde. Gorbatschow gab bekannt, dass die Gesellschaft ein Wieder-aufleben der »rein weiblichen Mission« von Haushaltspflege und Sorge benötige. Diese Sorgen wurden von den Menschen oft angesprochen, wobei eine essenziellierende Sprache verwendet wurde, in der die Alltagsprobleme diskutiert wurden. Dabei wurde behauptet, die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen verhinderten, dass Frauen ihrer »mütterlichen Bestimmung« nachkommen. Und es gab die Meinung, der Sozialismus würde Männer »entmannen«, weil sie nicht die Möglichkeiten bekämen, ihre Familien zu versorgen. Einige beklagten das Versagen der Männer, verantwortungsvoll zu handeln, während andere das Empowerment von Frauen für verlorene Maskulinität verantwortlich machten. Insgesamt bildet die Vorstellung, dass die Gleichstellung von Frauen die natürliche Ordnung verzerrt habe und daher durch eine Politik zu ersetzen sei,

die die »traditionellen« Rollen der Frau als Kümmernde und der Männer als verantwortungsvolle Anführer wiederbelebt, den Kern der konservativen Genderideologie in Russland. Meine Forschungen haben ergeben, dass in der Bevölkerung in Russland ein großer Teil der Unterstützung für derlei Vorstellungen auf dem weitverbreiteten Gefühl beruht, dass sowohl gesellschaftliche Institutionen als auch zwischenmenschliche Beziehungen seit langem unter einem Mangel an Aufmerksamkeit gelitten hätten. Die Menschen wünschen mehr staatliche Unterstützung bei der Kindererziehung; sie prangern die häufige Indifferenz von Vätern gegenüber ihren Familien an. Und sie wollen, dass Mütter bessere Möglichkeiten haben, ein Gleichgewicht zwischen bezahlter Arbeit und familiären Verpflichtungen zu finden. Sie unterstützen allerdings nicht die Errichtung einer strikt definierten Ideologie zur Kontrolle über das persönliche Leben der Menschen. Wir müssen hier zwischen konservativen Gendervorstellungen und autoritärer Machtpolitik unterscheiden, die darauf abzielt, Körper und intime Beziehungen zu kontrollieren.

Die anfängliche Unterstützung der russischen Regierung für Einrichtungen zur Familienplanung – die sich dann in eine Ablehnung verwandelte – steht beispielhaft für die Unterschiede zwischen diesen Ansätzen. Jelzins Regierung leistete 1992 moralische und materielle Unterstützung für eine Gesundheitsreform, um an die Stelle von Abtreibungen – in der Sowjetunion die verbreitetste Form der Geburtenkontrolle – Verhütungsmittel zu setzen. Der Staat arbeitete mit einer neugegründeten Nichtregierungsorganisation zusammen, der »Russischen Gesellschaft für Familienplanung«. Das Ziel war, medizinisches Personal im Umgang mit Verhütungsmitteln zu schulen. Es wurden die ersten öffentlichen Kliniken im Land eingerichtet, die sich speziell der Familienplanung widmeten. Die russischen Expert:innen, die an der Spitze dieser Initiativen standen, arbeiteten zwar mit internationalen Familienplanungs- und Reproduktionsrechtsorganisationen zusammen, setzten sich aber klar für den Wert heteronormativer Familien und eine Steigerung der Geburtenrate ein. Sie vertraten nicht eine Vision von reproduktiver Autonomie, die auch eine generelle Ablehnung von Mutterschaft befürworten könnte. Die russischen Fachleute wollten das Verantwortungsgefühl der Menschen für die eigene Gesundheit stärken. Auch sollte dem Bedürfnis der Frauen nach reproduktiver Autonomie nachgekommen werden, in dem Sinne, dass sie nur gewollt und zur gewünschten Zeit schwanger werden können. Während diese Expert:innen konservative Vorstellungen zu Genderrollen vertraten, machte sie ihr Einsatz, die individuellen Reproduktionsinteressen gegenüber staatlich gesteuerten Demographiepolitik zu unterstützen, kulturell gesehen zu Liberalen im russischen Kon-

text. Daher bestanden sie darauf, dass Abtreibung legal und mit Zugang zu einer angemessenen Durchführung möglich sein müsse, und sie bezeichneten Familienplanung als ein Hilfsmittel zur Schaffung einer Kultur der Fürsorge. Aber für autoritäre pronatalistische Kräfte war die Vorstellung, eine systematische Schwangerschaftsprävention zu fördern, inakzeptabel. Sie stellten das neue Modell zur Familienplanung als heimtückische Waffe dar, die ausländische und heimische Feinde einsetzen, um die russischen Geburtenraten weiter zu reduzieren und die Familienwerte zu untergraben. Bis 1998 wurde die föderale Finanzierung für Familienplanung eingestellt. Die lokalen Kliniken und Sparten der »Russischen Gesellschaft für Familienplanung« betonten ihren Einsatz zur Förderung von Schwangerschaften und Familienwerte. Der intolerante, autoritäre Ansatz einer Kontrolle über den Körper der Frau gewann die Oberhand über die gemäßigt konservative und wissenschaftsorientierte Politik der Verfechter:innen von Familienplanung.

Es ist kaum wahrscheinlich, dass diese autoritäre Wende ihre Ziele erreichen wird. Forschungen zu Familiengestaltung haben ergeben, dass Russ:innen seit langem den Wunsch nach zwei Kindern haben, allerdings wegen wirtschaftlicher Herausforderungen – angefangen von beengten Wohnverhältnissen bis hin zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen – nur mit einem Kind rechnen. Putins Förderpolitik zur Erhöhung der Geburtenzahlen, die 2006 einsetzte und als »Mutterchaftskapital« bekannt wurde, stellt einen Versuch dar, die materiellen Barrieren zu beseitigen, die Menschen davon abhalten, mehr Kinder zu bekommen. In den Jahren, in denen dies eingeführt wurde, hatten sich die sozioökonomischen Bedingungen in Russland bereits beträchtlich stabilisiert; die Geburtenraten stiegen leicht, verblieben aber im Bereich von 1,5 Kindern pro Frau – weit jenseits der 2,1 Kinder, die bei Demograph:innen als Voraussetzung für eine stabile Bevölkerungsentwicklung gelten. Im Unterschied zum ausschließlichen Einsatz finanzieller Anreize zeigen zahlreiche Studien, dass in einem Kontext niedriger Geburtenraten der effektivste Ansatz zur Förderung von Geburtenzahlen in der Stärkung der Gendergleichheit in der Familie und in der gesellschaftlichen Unterstützung für die Versorgungsleistungen in der Familie liegt. Putins Regierungen und die Russisch-Orthodoxe Kirche haben eine gegenteilige Strategie verfolgt und waren bestrebt, die Geburtenraten durch eine Wiederbelebung patriarchaler Familienstrukturen zu erhöhen. Dabei verfolgen sie das Ziel, die Körper der Frauen zu kontrollieren und nicht heteronormative Personen auf zunehmend repressive Weise zu marginalisieren.

Die Rückschritte bei der Gendergleichstellung in Russland sind zudem eine Reaktion auf die negativen Kennzahlen im Bereich der Demographie und des

Gesundheitswesens, wie sie sich in den 1990er Jahren entwickelten. Diese beispiellosen Veränderungen schienen das Gefühl der Katastrophe zu verkörpern, die die Menschen in den 1990er Jahren subjektiv erlebten – angefangen bei den gewaltigen Verwerfungen durch die Schocktherapie bis hin zum Wegfall aller sexueller Normen, die sich aus dem Ende der Medienzensur und dem allgegenwärtigen Aufschwung der Pornographie ergab. Die Fallzahlen sexuell übertragener Krankheiten explodierten, wobei die gemeldeten Fälle von Syphilis von 4,2 pro 100.000 Personen im Jahr 1988 auf 263 pro 100.000 im Jahr 1996 hochschnellten. Das war in acht Jahren eine Steigerung um das 62-fache.^[1] Außerhehliche Schwangerschaften nahmen von 13 Prozent aller Geburten 1988 bis 2001 auf 28,8 Prozent zu. Männer und Frauen heirateten später und bekamen in höherem Alter ihr erstes Kind.^[2] Die letztgenannten Entwicklungen spiegeln eine Kombination von Effekten wider – angefangen von außerordentlich prekären wirtschaftlichen Verhältnissen bis hin zu neoliberalen Anforderungen, ohne staatliche Unterstützung finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen, und den Wünschen junger Erwachsener, zuerst persönliche Ziele zu erreichen, bevor sie sich für ein Kind entscheiden (oder anstelle einer solchen Entscheidung). Russische Politiker:innen und Medien griffen zu den demographischen und Gesundheitsstatistiken, um zu argumentieren, dass es die Verwestlichung sei, die zu wirtschaftlichem und moralischem Niedergang führe, die Familie zerfallen lasse und die Existenz der Nation bedrohe. Mit der Zeit wurde das Argument, die sozialistische Gesellschaft habe die Familie in die Krise gestürzt, von dem Vorwurf abgelöst, »der Westen« würde nicht traditionelle Vorstellungen über Genderbeziehungen vorantreiben, z. B. Feminismus, Individualismus und später dann die Gleichstellung der Geschlechter. All das, so die Argumentation der Konservativen, ziele darauf ab, die Russ:innen einer Gehirnwäsche zu unterziehen, damit sie keine Kinder bekommen. Diese Vorstellungen, etwa die Initiativen für Familienplanung, Sexualbildung und die Gleichstellung von LGBTQ-Personen, entwickelten sich zum Schreckgespenst autoritär ausgerichteter Aktivist:innen, die die Politik und zivilgesellschaftliche Aktivist:innen dazu aufriefen, die Gesellschaft von derlei Programmen zu säubern, damit ein weiterer demographischer Niedergang Russlands abgewendet werde. Von einer Wiederbelebung der patriarchalen, kinderreichen Familie hänge nichts weniger als das Überleben der Nation ab.

Das Streben nach demographischer Autonomie durch autoritäre Familienpolitik

Feministische Wissenschaftler:innen haben längst aufgezeigt, wie Kampagnen zu Eingriffen in den Repro-

duktionsprozess – wie etwa zur Steigerung oder Senkung der Geburtenrate – politischen Akteuren nützen können: Durch eine vorgebliche Sorge um die Zukunft der Nation können ehrgeizige Führungspersönlichkeiten von dem Eindruck ablenken, sie würden aus partikularem Interesse nach Macht streben. Russische pronatalistische Aktivist:innen versuchen angesichts der geringen Geburtenrate moralische Panik zu erzeugen. Sie haben ein breites Vokabular entwickelt, mit dem sie als Konzept fassen wollen, was sie als »familienzentrierten« gesellschaftlichen Wandel bezeichnen. Um das »Aussterben« der Nation abzuwenden, fordern sie eine Delegitimierung des gesellschaftlichen Trends, wenige Kinder oder nur ein Kind zu haben. Dabei operieren sie mit selbstgeprägten Neologismen wie »malodetnost« (»wenig Kinder«, gemeint sind meist bezogen auf Familien ein oder zwei Kinder [Anm. d. Red.]) oder »odnodetnost« (»Einkindfamilie«). Sie vertreten ein Wertesystem, in dem Familien viele Kinder anstreben, also »Kinderreichtum« (»mnogodetnost«). Darüber hinaus verwenden sie den Begriff »kinderzentrierte Weltsicht« (»detozentrism«, dt. in etwa: »Kinderzentrismus«), um sich für eine pronatalistische Demographiewpolitik stark zu machen, die das Verhalten von Familien »optimiert«, indem Geburten gefördert werden. Bezeichnenderweise steht diese Bedeutung im Gegensatz zu den Vorstellungen der »kinderzentrierten« Ideologie der spätkapitalistischen Kultur, in der die Erwachsenen danach streben, den individuellen Bedürfnissen des Kindes gerecht zu werden. In Wirklichkeit haben die Verfechter einer patriarchalen Renaissance – durch die Väter zu unumstrittenen Familienoberhäuptern werden sollen – häusliche Gewalt zum Teil entkriminalisiert. Gleichzeitig wenden sie sich gegen ein Jugendstrafrecht, das sie als zu »kinderzentriert« (im westlichen Sinne) betrachten. Die Konzentration auf ein Verbot von Informationen über LGBTQ-Erfahrungen und über die Bewegung für eine Gleichstellung von LGBTQ-Personen stellt einen Versuch dar, die Gesellschaft von Personen und Vorstellungen zu säubern, die von der strikt patriarchalen Ideologie abweichen, die die Konservativen heute in der russischen Gesellschaft verankern wollen.

Seit Beginn der russischen Vollinvasion in die Ukraine hat sich neben dem aggressiven Nationalismus und der Unterdrückung unabhängiger Meinungen auch die autoritäre Kampagne für Eingriffe in Gender- und Familienfragen im Sinne des Staates verstärkt. Schwangerschaftsabbrüche bleiben legal, treffen aber auf lokaler Ebene zunehmend auf Hürden. Es gibt eine Vielzahl von weitreichenden Einflussmöglichkeiten, durch die Frauen, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen, dazu gedrängt werden sollen, das Kind auszutra-

gen. 2024 untersagte die politische Führung Werbung für ein Leben ohne eigene Kinder (»child free«), wobei eine Weltsicht attackiert wird, die in Russland nicht sonderlich viele Anhänger:innen hat, gleichwohl aber als äußerst bedrohlich wahrgenommen wird. Angesichts der schwammigen rechtlichen Definition, was als »Child-Free-Propaganda« gilt, wird dieses Vorgehen sehr viel eher die Meinungsfreiheit beschneiden, denn etwas an der demographischen Lage ändern. Es ist aber ein klares Anzeichen, wie sehr die Politik in Russland auf autoritäre Weise von einer streng normativen Genderideologie gekapert wurde, die eine heteronormative, kinderreiche Familie fordert.

Diese Sprachpolitik und verwandtes politisches Vorgehen sind ein Instrument, mit dem Politiker:innen ihren Einsatz für die Nation demonstrieren wollen. Es werden ständig finanzielle Anreize und ein System belohnender Vergünstigungen für Menschen vorgeschlagen, die sich auf politisch gewünschte Weise für Kinder entscheiden. So hat die Regierung der Region Perm beispielsweise Bonuszahlungen für Frauen eingeführt, die mit einem Teilnehmer an der »militärischen Spezialoperation« ein Kind bekommen. Andere Regionen wollen öffentliche Mittel zum Aufbau einer Samenbank von russischen Soldaten einsetzen. Zu einer Förderung von Nationalismus durch ein Wiederbeleben von Maskulinität gehört die Verbreitung von Bildern, die den Staat, die Gesellschaft und einzelne Männer als stark, mächtig und entschlossen darstellen. Diese Art patriarchaler Renaissance bietet eine Quelle für Stolz im Gegensatz zur vermeintlichen Krise der Maskulinität, von der die sowjetische Gesellschaft geprägt worden sei. Hierzu gehört auch die Erniedrigung und die politische Niederlage, die Russland vermeintlich in den 1990er Jahren gegenüber dem Westen erfahren habe. Die autoritären Kräfte stellen ihre Phantasien von einem wiedererrichteten russischen Patriarchat dem moralisch verkommenen, individualistischen und entmännlichten Westen gegenüber. Sie wollen dadurch Russlands nationale demographische und sexuelle Souveränität sicherstellen. Die Hoffnung und der Versuch, die Körper junger Russ:innen als nationale Ressource zur heterosexuellen Reproduktion zu instrumentalisieren, ist schon einmal unternommen worden und gescheitert, nämlich unter Stalin. Der Schaden, der aus dieser Epoche resultierte, führt uns zu dem Gedanken, dass der Schritt von konservativer hin zu autoritärer Genderpolitik zahlreiche düstere Folgen für die Gesundheit, das Familienleben und die politische Subjektivität hat.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über die Autorin und Verweise finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Michele Rivkin-Fish ist Associate Professor für Anthropologie an der Universität North Carolina (Chapel Hill). Ihr jüngstes Buch »Unmaking Russia's Abortion Culture: Family Planning and the Struggle for a Liberal Biopolitics« erschien 2024 bei Vanderbilt University Press.

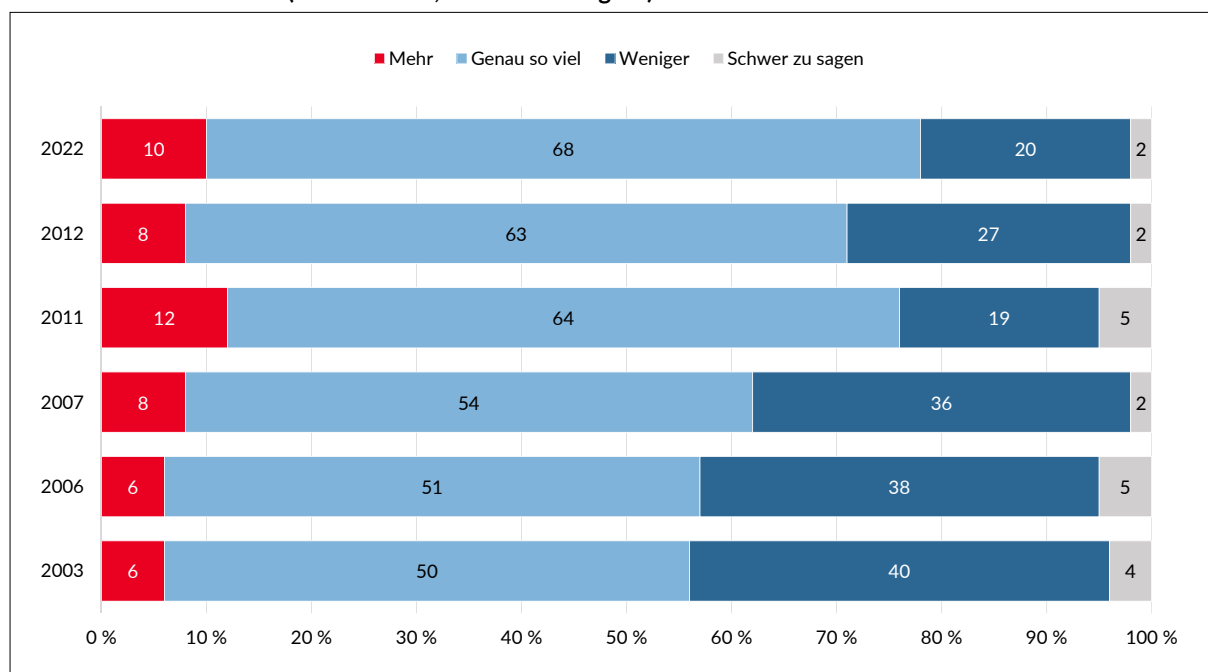
Verweise

- [1] L. Tichonova, Borisenko K, Ward H, Meheus A, Gromyko A, Renton A. "Epidemics of syphilis in the Russian federation: trends, origins, and priorities for control," *The Lancet* 350 (1997): 210–213.
- [2] Interfax 2002: «Bolee tschetwertj noworoshdjonych rossijan pojavljajutsja na swet wne braka» (dt. »Mehr als ein Viertel der neugeborenen Russ:innen kommen außerhalb der Ehe zur Welt«), 4. Dezember 2002. Reprint bei: *Demoscope Weekly*, no. 93-94, 16. Dezember 2002; Ekaterina Sschtscherbakowa 2022, «Demografitscheskie itogi I polugodija 2022 goda w Rossii, Tschast 1» (dt. »Die demografischen Ergebnisse des ersten Halbjahres 2022 in Russland, Teil 1« *Demoscope Weekly*, no. 957 – 958, <https://www.demoscope.ru/weekly/2022/0957/barom05.php>. (Im Verlauf des letzten Jahrzehnts stieg die Geburtenrate bis auf durchschnittlich 1,77 Kinder pro Frau im Jahr 2015 an und fiel bis 1,50 im Jahr 2020–21.)

UMFRAGEN

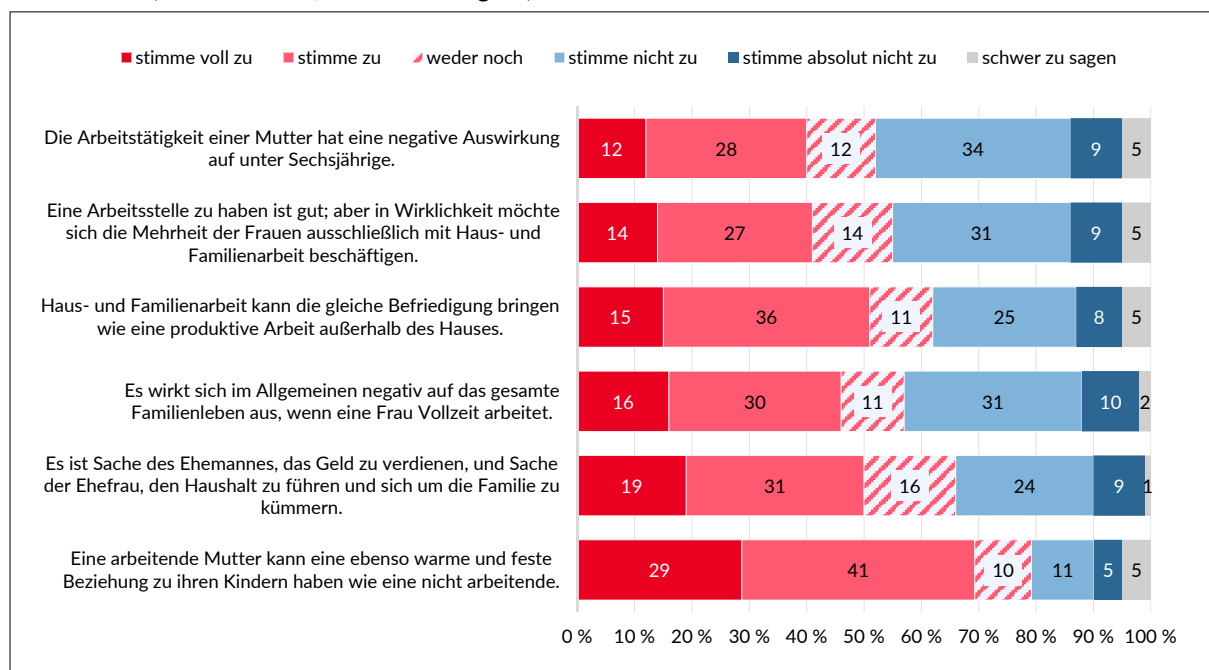
Gendergerechtigkeit und -rollenbilder

Grafik 1: Was denken Sie, haben Frauen im heutigen Russland mehr oder weniger Rechte und Möglichkeiten als Männer? (2003 – 2022, in % der Befragten)



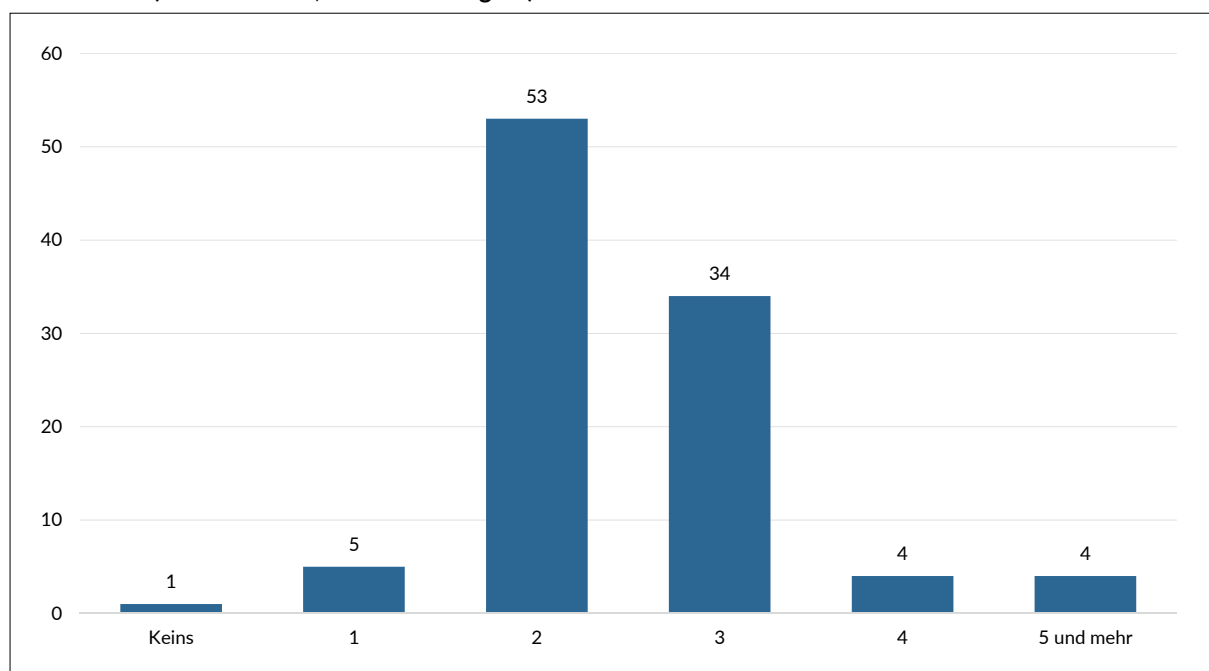
Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom zuletzt 17.02. – 21.02.2022 unter 1.618 Befragten, veröffentlicht am 08.03.2022; online unter: <https://www.levada.ru/2022/03/08/gendernoe-ravnopravie-uchastie-zhenshhin-v-politicheskoy-zhizni/>.

Grafik 2: In welchem Umfang würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder diese ablehnen? (Oktober 2022, in % der Befragten)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.10. - 26.10.2022 unter 1.604 Befragten, veröffentlicht am 17.11.2022; online unter: <https://www.levada.ru/2022/11/17/normativnye-vzglyady-na-brak-detej-i-semejnye-rolj/>.

Grafik 3: Was denken Sie im Großen und Ganzen, was ist die ideale Anzahl von Kindern für eine Familie? (Oktober 2022, in % der Befragten)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.10. - 26.10.2022 unter 1.604 Befragten, veröffentlicht am 17.11.2022; online unter: <https://www.levada.ru/2022/11/17/normativnye-vzglyady-na-brak-detej-i-semejnye-rolj/>.

Folgen der Beendigung des Gastransports durch die Ukraine für die EU-Länder und Moldau

Roland Götz

DOI: 10.31205/RA.460.02

Zusammenfassung

Die Ukraine war, anders als Russland, nicht bereit gewesen den bis Ende 2024 befristeten Vertrag über die Durchleitung von Erdgas aus Russland zu verlängern und hatte dies seit langem angekündigt. Für die Slowakei, Österreich, Ungarn, Tschechien und das westliche Moldau hatte dies keine gravierenden Folgen. Die Slowakei, Österreich und Tschechien können ihren Gasbedarf durch Importe aus EU-Staaten decken, verlieren allerdings Einnahmen aus dem Transit russischen Gases über ihr Territorium. Ungarn wurde, weil es 2024 seinen gesamten Gasimport aus Russland auf die Balkanroute verlagert hatte, durch den Gasstop der Ukraine gar nicht betroffen. Der westliche Teil Moldaus kann genügend Erdgas aus Rumänien importieren. Dagegen droht Transnistrien, dessen Energieversorgung bislang auf faktisch kostenlosen Gasimporten aus Russland beruhte, eine humanitäre und wirtschaftliche Katastrophe, die kaum internationale Aufmerksamkeit findet. Kurzfristig benötigt Transnistrien Importgas oder Importkohle, um die Bevölkerung, die Industrie und öffentliche Einrichtungen mit Strom und Fernwärme versorgen zu können. Ungeklärt ist, welche Wege dafür benutzt werden könnten.

Gastransport über die Ukraine

Die Ukraine hat den Gastransportvertrag mit Russland, der zum Jahresende 2024 auslief, nicht verlängert, um zu verhindern, dass einige EU-Länder über ihr Territorium weiterhin Gas aus Russland beziehen können. Dieser zwischen Naftogaz Ukrainy und Gazprom unter Vermittlung Deutschlands und der EU 2019 abgeschlossene Vertrag hatte bestimmt, dass 2020 mindestens 65 Milliarden Kubikmeter und von 2021 bis 2024 mindestens 40 Milliarden Kubikmeter pro Jahr durch die Ukraine an westliche Nachbarstaaten transportiert werden sollen. Die Möglichkeit seiner Verlängerung um 10 Jahre war ausdrücklich vorgesehen gewesen. Der auf dieser Grundlage mögliche Gasimport aus Russland erfolgte an der russisch-ukrainischen Grenze über die Übergabestellen Sochranivka und Sudscha, an der ukrainisch-slowakischen Grenze bei Uschhorod sowie an der ukrainisch-moldauischen Grenze am Übergabepunkt Grebenyky.

Ab Mai 2022 hatte Gazprom dann die Durchleitungsmenge auf 15 Milliarden Kubikmeter pro Jahr reduziert, da die Ukraine am 11. Mai 2022 die Übergabestelle Sochranivka geschlossen hatte, weil sie in dem von den Separatisten eroberten Teil der Luhansk-Region liegt. Gazprom war nicht bereit oder nicht in der Lage die durch Sochranivka geflossenen Mengen von rund 25 Milliarden Kubikmeter pro Jahr nach Sudscha umzuleiten. Russlands Gazprom verliert durch den Gasstop der Ukraine rund 6 Milliarden US-Dollar pro Jahr an Exporteinnahmen, die Ukraine rund eine Milliarde US-Dollar pro Jahr an Durchleitungsgebühren.

Slowakei

Die slowakische Gasgesellschaft SPP hatte 2008 mit Gazproms Tochterunternehmen Gazprom Export einen bis 2028 geltenden Liefervertrag sowie einen bis 2050 laufenden Transitvertrag abgeschlossen. 2023 wurden in der Slowakischen Republik rund 4,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas verbraucht, wovon 2,9 Milliarden Kubikmeter aus Russland stammten. Weitere rund 10 Milliarden Kubikmeter wurden nach Österreich, Tschechien, Ungarn und Italien weitergeleitet (siehe Tabelle 1).

Die Slowakei kann die Heizsaison 2024/25 durch 1,4 Milliarden Kubikmeter gespeichertes Gas überbrücken und ihren Inlandsbedarf darüber hinaus über Leitungen aus Tschechien, Österreich und Polen decken. Damit droht der Slowakei zwar keine Unterversorgung mit Gas, doch wird sie statt relativ billigem Gas aus Russland künftig Gas aus EU-Ländern zu höheren Preisen kaufen müssen. Außerdem entgehen ihr künftig rund 300 Millionen US-Dollar pro Jahr an Gebühren für den Gastransit über das eigene Territorium. Um dies zu vermeiden, wollte die Slowakei ihre Gasimporte aus Russland dadurch beibehalten, dass sie diese als Importe aus Ländern wie Aserbaidschan und/oder der Türkei deklariert. Dazu müsste die Ukraine jedoch die Übergangsstelle Uschhorod weiter betreiben, wozu sie nicht bereit ist. Der slowakische Regierungschef Robert Fico drohte deswegen, künftig in der EU gegen die Unterstützungen der Ukraine zu votieren.

Österreich

Österreichs Öl- und Gasgesellschaft OMV importierte seit 2006 rund 6 Milliarden Kubikmeter pro Jahr gemäß

einem mit Gazprom Export abgeschlossenen Vertrag, der 2018 bis 2040 verlängert worden war (»Österreichvertrag«). 2020 vereinbarte OMV mit Gazprom Gaslieferungen nach Deutschland über Nord Stream 1 (»Deutschlandvertrag«). Da diese nach der Sprengung von drei Nord Stream-Pipelines im September 2022 ausblieben, verlangte OMV 2023 von Gazprom eine Entschädigung, die Gazprom ablehnte. Als OMV deswegen seine Zahlungen einstellte, stoppte Gazprom Ende Dezember 2024 seine im »Österreichvertrag« bestimmten Gaslieferungen. OMV hatte in Erwartung dieser Entwicklung bereits Gaslieferverträge mit anderen Gasgesellschaften abgeschlossen und glaubt seine Verpflichtungen gegenüber seinen Kunden in Zukunft auch ohne Gas aus Russland erfüllen zu können, wobei über Deutschland geliefertes Gas aus Norwegen die größte Rolle spielen dürfte.

Ungarn

Nachdem Ungarn zunächst ebenfalls über die Ukraine mit Gas aus Russland versorgt worden war, schloss das Land 2021 einen über 15 Jahre laufenden Liefervertrag mit Gazprom, der vorsah, dass aus Russland jährlich 3,5 Milliarden Kubikmeter über die »Balkanroute« – die Gasleitungen TurkStream 2, Trans-Balkan und Balkan Stream – und eine Milliarde Kubikmeter pro Jahr aus Österreich importiert werden sollten. 2022 erhöhte Ungarn durch einen weiteren Vertrag mit Gazprom den möglichen Umfang seines Gasimports aus Russland über die Balkanroute um weitere 2 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Ungarn wurde durch diese 2024 erfolgte Verlagerung seines gesamten Gasimports aus Russland auf die Balkanroute vom Gasstop durch die Ukraine nicht direkt betroffen. Zusätzlich plant Ungarn Gas aus der Türkei zu beziehen, wobei es sich ebenfalls um Gas aus Russland handeln könnte. Da die russlandfreundliche Regierung Ungarns das Land in die Position eines Verteilungszentrums für Gas (gas hub) bringen möchte, ist schwer vorstellbar, dass Ungarn die von der EU in ihrem REPowerEU-Plan von 2022 vorgesehene Absicht, spätestens ab 2027 alle Gasimporte aus Russland einzustellen, unterstützen wird.

Moldau einschließlich Transnistrien

Von dem Gasstop ist die an die Ukraine angrenzende Republik Moldau (Republica Moldova) mit ihren insgesamt rund 2,5 Millionen Einwohnern in ihren beiden Landesteilen sehr unterschiedlich betroffen. Im wesentlich größeren, westlich des Dnister »rechtsufrig« gelegenen Teil mit seinen knapp zwei Millionen Einwohnern macht sich der Gasstop kaum bemerkbar, weil man seit 2024 auf Gaslieferungen aus Russland verzichtet hat. Dagegen hat er im »jenseits des Dnister« gelegenen Transnistrien, geradezu katastrophale Folgen für die rund 350.000 Einwohner.

Vertragspartner Gazproms ist seit 1999 das Unternehmen »Moldovagaz«. An ihm sind Gazprom mit 50 %, die Regierung Moldaus mit 35,33 %, Transnistrien mit 13,44 % und Minderheitsaktionäre mit 1,23 % beteiligt.

Für viele Jahre importierte das westliche Moldau von Gazprom geliefertes Gas mit einem Preisabschlag von bis zu 25 % gegenüber dem europäischen Marktpreis. Auch als im Oktober 2021 eine Gaspipeline vom rumänischen Iași über Ungheni bis zu Moldaus Hauptstadt Chișinău mit einer Kapazität von 1,5 Milliarden Kubikmeter eröffnet wurde, über die der Gasimportbedarf im Westteil des Landes gedeckt werden kann, änderte sich zunächst daran nichts.

Gazprom monierte allerdings Zahlungsrückstände aus Gaslieferungen in das westliche Moldau von 1991 bis Oktober 2021 in Höhe von 756,6 Millionen US-Dollar. Ein von beiden Seiten bei der »Wikborg Rein Advokatfirma« und der »Forensic Risk Alliance & Co« bestelltes Gutachten^[1], das Mitte 2023 vorlag, kam zu folgendem Ergebnis: Die zwischen Januar 1991 und Ende 2002 von Gazprom behaupteten Schulden in Höhe von 278,2 Millionen US-Dollar können nicht ausreichend belegt werden. Ab 2003 entstandene Ansprüche Gazproms in Höhe von 400 Millionen US-Dollar sind, weil sie nicht regelmäßig eingefordert wurden, verjährt. Umgekehrt macht Moldau Gegenforderungen in Höhe von 160 Millionen US-Dollar geltend. Weil Moldau nur bereit war, einen Restbetrag von 8,6 Millionen zu bezahlen, kündigte Gazprom sein Vertragsverhältnis mit Moldau zu Ende 2024. Diese Kündigung hat jedoch nur symbolische Bedeutung, weil West-Moldau seit 2024 ohnehin kein Gas mehr aus Russland kauft. Es muss nur seine bisher sehr preisgünstigen Stromimporte aus Transnistrien durch Importe aus Rumänien und anderen Ländern ersetzen, deren Kosten sich am europäischen Marktpreis orientieren.

Transnistrien wurde von Gazprom seit seiner 1991 erfolgten Abspaltung von der Republik Moldau über die Ukraine unentgeltlich mit Erdgas beliefert, was sein Präsident Wadim Krasnoselskij am 8. Januar 2025 als »humanitäre Hilfe Russlands« interpretierte. Der Wert des von Gazprom zwischen Januar 2003 und Oktober 2021 nach Transnistrien gelieferten Gases wird in dem erwähnten Gutachten auf mindestens 7,6 Milliarden US-Dollar beziffert.

Das Gas wurde in dem großen, 1964 von der Sowjetunion am Fluss Cuciurgan gelegenen Kraftwerk Cuciurgan, das mit Kohle und Erdgas betrieben werden kann und dem russischen Energiekonzern »Inter RAO UES« gehört, außer für die Wärmeerzeugung hauptsächlich zur Stromerzeugung benutzt. Der Strom wurde zum kleineren Teil in Transnistrien (darunter im Stahlwerk der Stadt Ribnița) verbraucht, zum größeren Teil in den Westteil Moldaus verkauft, wodurch Transnistrien

seine öffentlichen Einrichtungen und die Sozialleistungen finanzieren konnte.

Da Transnistrien Anfang 2025 nur über kleine Gasreserven in Höhe von 13 Millionen Kubikmeter verfügte, während in den letzten Jahren im Durchschnitt täglich 5 Millionen Kubikmeter verbraucht wurden, musste ab Jahresanfang 2025 die Gasversorgung der Region und die Stromproduktion auf ein Mindestmaß verringert werden. Davon waren 1.500 Mehretagenhäuser und 70.000 Einfamilienhäuser betroffen. Nicht nur fast alle Industriebetriebe, sondern auch Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und andere öffentliche Einrichtungen wurden geschlossen. Patienten sollen in Krankenhäuser im westlichen Moldau verlegt werden. Nur für wenige soziale Einrichtungen und Nahrungsmittelhersteller kann eine Notversorgung mit Erdgas aufrechterhalten werden. Das Kraftwerk Cuciurgan kann voraussichtlich nur noch bis Mitte Februar 2025 durch Befeuerung mit Anthrazitkohle aus seinen aus dem Donbas stammenden Lagerbeständen betrieben werden, um die Stromversorgung der Bevölkerung wenigstens mit Unterbrechungen in Gang halten zu können^[2].

Die Regierung Transnistriens schiebt die Schuld an der Situation auf die Regierung West Moldaus wegen deren Zahlungsrückständen gegenüber Gazprom. Sie verschweigt, dass sie selbst keinerlei Bemühungen unternommen hat, um ihr Energiesystem angesichts des von der Ukraine angekündigten Gasstops auf andere Quellen als den kostenlosen Gasimport aus Russland über die Ukraine auszurichten.

Auswege für Transnistrien

Folgende kurzfristige Lösungen wurden im Januar 2025 diskutiert:

Transnistrien könnte Kohle aus der Ukraine für Heizzwecke und für die Stromerzeugung im Kraftwerk Cuciurgan erhalten. Darüber haben sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij und die moldauische Präsidentin Maia Sandu am 8. Januar 2025 verständigt. Allerdings müsste dafür das Kraftwerk für die Verwendung der in der Ukraine gespeicherten Gaskohle eingerichtet werden.

Über den Autor

Dr. *Roland Götz* war bis 2000 im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln und bis 2008 in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin tätig.

Lesetipps:

- Szymon Kardaś, Wojciech Konończuk: Vorübergehende Stabilisierung: Der russisch-ukrainische Vertrag zum Gas transit, in: *Russland-Analysen* 380, 25.01.2020, S. 2–5.
- Ugnė Keliauskaitė, Georg Zachmann: The end of Russian gas transit via Ukraine and options for the EU. Brüssel, 17.09.2024, <https://www.bruegel.org/analysis/end-russian-gas-transit-ukraine-and-options-eu>.
- Anna Guminska: Sandu gewählt, Spaltung zementiert. Präsidentschaftswahlen in Moldova, in: *Osteuropa*, 11-12/2024, S. 25–34.

Wie der amtierende Chef von »Moldovagaz« Wadim Tscheban am 11. Januar vorschlug, könnte die transnistrische »Tiraspoltransgaz« durch Vermittlung von Moldovagaz rumänisches Gas in moldauischen Lei einkaufen, weswegen keine Devisen benötigt würden. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, dass die 1,5 Milliarden Kubikmeter betragende Kapazität der Pipeline von Ungarn nach Chişinău bereits durch den Gasimport West Moldaus weitgehend ausgelastet ist.

Die Ukraine könnte in Absprache mit der EU-Kommission den Transit von Gas aus Zentralasien oder Aserbaidschan über ihr Territorium genehmigen und dafür die nach Moldau führende Gasleitung und den Übergabepunkt Grebenyky wieder öffnen. EU-Gashändler könnten dann den Transport organisieren. Offen bleibt, wie der Gasimport finanziert werden soll.

Eine weitere, vom offiziellen Tiraspol präferierte Möglichkeit ist die Nutzung der Balkanroute für den Import von Gas, das durch die TurkStream-Gasleitung aus Russland kommt. Dafür müsste die Ukraine aber die Durchleitung des Gases durch das Gebiet Odesa gestatten und Russland das Gas umsonst liefern.

Erst langfristig könnte im Zuge einer Wiedereingliederung Transnistriens nach Moldau die Energiesysteme der beiden Landesteile vereinigt, modernisiert und von Gas aus Russland unabhängig gemacht werden.

Am 27. Januar 2025 hat die EU-Kommission der Republik Moldau eine unentgeltliche Notfallhilfe im Umfang von 30 Millionen Euro für den Kauf von Erdgas in der Ukraine und in EU-Ländern und dessen Transport nach Transnistrien bewilligt. Mit den dafür erhältlichen rund 60 Millionen Kubikmetern Gas könnte der Betrieb des Kraftwerks Cuciurgan und die Wärmeversorgung Transnistriens bis zum 10. Februar gesichert werden. Die Stabilisierung des Gasnetzes mit drei Millionen Kubikmetern ist dabei eingeschlossen. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung der Machthaber Transnistriens, die statt dessen auf die baldige Wiederaufnahme der Gaslieferungen aus Russland hoffen.^[3]

- Ana Nuțu: From Dependence to Resilience. Moldova’s Long Road to Energy Security between Russia and the European Energy Grid, in: Energy Security in Eastern Europe since Decoupling from Russia. The Fragile Balance between Geopolitics, National Politics and Vernacular Perceptions, 7.11.2024, <https://konkoop.de/wp-content/uploads/2024/11/InSecurity-Report-Series-Part-2-Energy-Security.pdf>.
- Katja Yafimava: Transit of Russian gas across Ukraine. Conditions for post-2024 continuation. London, Dezember 2024, <https://www.oxfordenergy.org/publications/transit-of-russian-gas-across-ukraine-conditions-for-post-2024-continuation>.
- Jack Sharples: The End of Russian Gas Transit via Ukraine. Immediate Impact and Implications for the European Gas Market in 2025. London, Januar 2025, <https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2025/01/Insight-162-The-End-of-Russian-Gas-Transit-via-Ukraine.pdf>.

Verweise

- [1] Wikborg Rein Advokatfirma AS, Forensic Risk Alliance & Co: Moldovagaz Debt Audit. Final Report, 2.6.2023, https://energie.gov.md/sites/default/files/20230602_final_report_wr_fra_rev117725439.1.pdf.
- [2] Kremlin’s hybrid strategy in Transnistria: Moldova’s crisis, Ukraine’s chance, and threat to EU integration, 7.1.2025, https://meduza.io/en/feature/2025/01/07/russian-gas-cutoff-leaves-thousands-without-heat-and-power-in-moldova-s-breakaway-transnistria-region?utm_source=email&utm_medium=briefly&utm_campaign=2025-01-07.
- [3] EU Press release, 27.1.2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_329.

Tabelle 1: Gasimport aus Russland 2023 über die Ukraine- und Balkanroute

| Importland | über die Ukrainerroute | Mrd. m ³ | über die Balkanroute | Mrd. m ³ |
|----------------------|------------------------|---------------------|----------------------|---------------------|
| Slowakei (SK) | UA-SK | 2,9 | | |
| Österreich (AT) | UA-SK-AT | 5,7 | | |
| Tschechien (CZ) | UA-SK-CZ | 0,6 | | |
| Ungarn (HU) | UA-SK-AT-HU | 1,0 | TR-BG-RS-HU | 5,6 |
| Italien (IT) | UA-SK-AT-IT | 2,9 | | |
| Transnistrien (PMR) | UA-MD | 1,9 | | |
| Moldau (MD) ohne PMR | | 0,0 | RO-MD | 0,8 |
| Polen (PL) | UA-PL | 0,0 | | |
| Serbien (RS) | | | TR-BG-RS | 2,5 |
| Bulgarien (BG) | | | TR-BG | 0,0 |
| zusammen | | 15,0 | | 8,9 |

Ländercodes: RO – Rumänien, TR – Türkei

Quelle: Zusammenstellung des Autors aus folgenden Quellen: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_ti_gas_custom_14912535/default/table, <https://www.rystadenergy.com/news/end-of-ukraine-gas-transit-lng-and-pipeline>, <https://eru.gov.cz/en/yearly-report-operation-czech-gas-system-2023>, <https://tass.ru/ekonomika/22851605>, <https://www.statista.com/statistics/787720/natural-gas-imports-by-country-of-origin-in-italy/>, <https://tass.ru/info/13477685>, https://csd.eu/fileadmin/user_upload/publications_library/files/2024_6/2024-05-29_Strategic-Decoupling_Policy-Brief_WEB_1_1_.pdf, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_ti_gas_custom_14912535/default/table.

Tabelle 2: Gasleitungen für Gas aus Russland über die Ukraine- und Balkanroute

| Name der Leitung | Verlauf | Jahr der Inbetriebnahme | Kapazität in Mrd. m ³ |
|----------------------|----------------------|-------------------------|----------------------------------|
| Ukrainerroute | | | |
| Transgas* | RU-UA-SK-AT(AT-CZ)-D | ab 1967 | 78,00 |
| Balkanroute | | | |
| Blue Stream | RU-TR | 2003 | 16,00 |
| TurkStream 2 | RU-TR | 2020 | 15,75 |
| Trans-Balkan* | RU-UA-MD-RO-BG-TR | 1988 | 27,00 |
| Balkan Stream | BG-RS-AT | 2020 | 20,00 |

*teilweise bidirektional

Ländercodes: AT – Österreich, BG – Bulgarien, CZ – Tschechien, D – Deutschland, MD – Moldau, RO – Rumänien, RS – Serbien, RU – Russland, SK – Slowakei, TR – Türkei, UA – Ukraine

Quelle: Zusammenstellung des Autors aus folgenden Quellen: <https://de.wikipedia.org/wiki/Transgas-Pipeline>, https://www.gem.wiki/Blue_Stream_Gas_Pipeline, https://www.gem.wiki/TurkStream_Gas_Pipeline, https://www.gem.wiki/Trans-Balkan_Pipeline, https://www.gem.wiki/Balkan_Stream_gas_pipeline.

Karte 1: Gasinfrastruktur und Kapazität in Europa (Auszug aus der Karte)



Details und Legende einsehbar in der Quelle.

Quelle: Auszug aus: European Network of Transmission System Operators for Gas (ENTSO-G), Gas Infrastructure Europe (GIE), System Capacity Map #2025, veröffentlicht am 10.01.2025, <https://www.entso-g.eu/publications/maps/system-capacity-map/> oder https://www.entso-g.eu/sites/default/files/2025-01/ENTSO_GIE_SYSCAP_2025_1600x1200_FULL_114_FLAT.pdf

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992.

Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus oder Polen Gebrauch zu machen, um z.B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>